



Dr. Thomas Franke

Auswirkungen der Kürzungen im Programm Soziale Stadt aus der Perspektive ausgewählter Länder und Kommunen

Auszug aus einem Fachgutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung



Für das Haushaltsjahr 2011 wurden die Bundesmittel im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ von zuvor rund 95 Mio. Euro auf nunmehr knapp 29 Mio. Euro reduziert. Außerdem können aus dem Programm keine Modellvorhaben im sozial-integrativen Bereich mehr finanziert werden. Vor dem Hintergrund dieser Kürzungen beauftragte das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung das Deutsche Institut für Urbanistik mit der Erstellung eines Fachgutachtens zu den Auswirkungen der Kürzungen im Programm, aus dem wir dankenswerterweise das Kapitel zu den Auswirkungen aus der Perspektive ausgewählter Länder und Kommunen abdrucken dürfen. (Autorenportrait: David Ausserhofer)

Auswirkungen auf den Gesamtansatz Soziale Stadt

Mit Blick auf den Gesamtansatz Soziale Stadt zeigt sich in den befragten Kommunen¹ die Erwartung, durch die Mittelkürzungen erhebliche Einschnitte in der integrierten Quartiersentwicklung benachteiligter Stadtteile hinnehmen zu müssen: So sei zu befürchten, dass anstelle einer kohärenten Strategie zukünftig wieder an verschiedenen Phänomenen kleinteilig „herumgedoktert“ werde und es zu einem „Hinterherlaufen hinter dem Geld anstelle eines strategischen Denkens“ komme, lautete ein Kommentar. Die Reduzierung der Bundesmittel um rund 70% im Haushaltsjahr 2011 sei eine „Killerstrategie“ für die Soziale Stadt, weil auf diesem Niveau keine größeren Investitionen zumindest in den Programmgebieten mehr möglich seien. Allenfalls einige sozialintegrative Projekte könnten mit – ebenfalls geringer werdenden – kommunalen Eigenmitteln aus dem Sozialetat weiterhin finanziert werden, äußerte sich ein anderer Interviewpartner auf der kommunalen Ebene. Wo dies nicht möglich ist, könne man „das Soziale streichen, und die Stadterneuerung erhält generell wieder einen Charakter wie in den 1980er Jahren mit seiner rein städtebaulichen Ausrichtung“, bemerkte ein dritter Befragter.

¹ Einschätzungen zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen basieren auf den Ergebnissen von leitfadengestützten, telefonisch durchgeführten Experteninterviews. Befragt wurden Programmverantwortliche aus fünf Bundesländern (Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland) und elf Kommunen (Gelsenkirchen, Flensburg, Greifswald, Hamm, Hannover, Leipzig, Mannheim, Marburg, Mainz, Nürnberg, Saarbrücken).

Insbesondere in einem der an der Untersuchung beteiligten Länder wurde auf die Anstoßwirkungen der Städtebauförderung und auch des Programms Soziale Stadt hingewiesen, die allerdings durch die Mittelkürzungen rückläufig seien, was wiederum negative wirtschafts- und beschäftigungspolitische Effekte nach sich ziehe. Die Mittel der Sozialen Stadt seien ein Katalysator für Strukturveränderung der Verwaltung bzw. für sozialraumorientiertes Handeln, und die Programm-kürzungen setzten ein „falsches Signal“ für die Auseinandersetzung mit Problemgebieten. Auch auf kommunaler Ebene bemerkten zwei Interviewpartner, das Kriterium der (sozialen) Benachteiligung werde keine Bedeutung mehr in der Stadtentwicklung haben, wenn sich die aktuellen Entwicklungen in der Städtebauförderung fortsetzten. Ohne ein schlagkräftiges Programm Soziale Stadt im Sinne eines von außen gesetzten Anreizes gehe der Fokus auf problematische Gebiete verloren.

Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im baulich-investiven Bereich

Vor allem in Ländern mit Schwerpunkt der Programmausrichtung auf baulich-investive Maßnahmen und Projekte verursachen die Mittelkürzungen in der Sozialen Stadt enorme Schwierigkeiten, größere städtebauliche Projekte in der Sozialen Stadt (weiter) zu finanzieren, wie einer der Gesprächspartner anmerkte. Der Vertreter eines anderen Landes wies darauf hin, die im Haushaltsjahr 2011 nur noch in sehr geringem Umfang zur Verfügung stehenden Mittel ließen es kaum noch zu, investiv zu fördern, was allerdings der Investitionsklausel



in der Verwaltungsvereinbarung entgegenstehe. Es gebe eine umfangreiche Streichliste“ von Projekten im baulich-investiven Bereich, die sich nun nicht mehr realisieren ließen. Vor diesem Hintergrund gehe es im Moment vor allem darum, die in den Programmgebieten und -kommunen geschaffenen Strukturen in der Hoffnung „überwintern“ zu lassen, dass sich die Rahmenbedingungen in absehbarer Zeit wieder verbessern. Auch ein dritter Interviewpartner wies darauf hin, dass größere baulich-investive Maßnahmen und Projekte aufgrund der Kürzungen im Programm Soziale Stadt kaum mehr möglich seien – allenfalls Kleinstprojekte kämen noch für eine Förderung in Betracht.

Auf der kommunalen Ebene äußerten sich explizit acht Vertreterinnen und Vertreter zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen im baulich-investiven Bereich. Sie befürchteten ebenfalls vor allem eine Reduzierung entsprechender Maßnahmen und Projekte und damit einhergehende Einschränkungen für die Projektlandschaft Soziale Stadt. Generell kämen Projekte „auf den Prüfstand“ mit dem zu erwartenden Ergebnis, sie gegebenenfalls „abspecken“ oder gänzlich einstellen zu müssen. Viele Maßnahmen mit einem Vorlauf von ein bis zwei Jahren – beispielsweise die Sanierung von Kitas und Schulen – könnten aufgrund der Mittelkürzungen nun doch nicht mehr durchgeführt werden.

„Im baulich-investiven Bereich wird nicht mehr viel passieren“, „Es gibt keine investiven Maßnahmen mehr“, „Vieles im baulich-investiven Bereich wird liegenbleiben“, da die kommunale Haushaltslage eigene Anstrengungen in diesem Bereich nicht zulasse, lauteten die Einschätzungen von drei Gesprächspartnern. Dies führe unter anderem dazu, dass Investitionen in Maßnahmen, die an bereits realisierte Projekte anknüpfen, nun nicht mehr getätigt werden könnten (beispielsweise Wohnungsmodernisierungen nach bereits erfolgter Wohnumfeldverbesserung) und beteiligungsintensive Projektvorbereitungen „ins Leere“ liefen. Ohne Fördermittelanreiz entwickelten sich auch private Investitionen beispielsweise der Wohnungswirtschaft rückläufig, da kommunale Zuschüsse für Sanierungsmaßnahmen reduziert würden. Darüber hinaus sei zu erwarten, dass die verbleibenden kommunalen (Haushalts-) Mittel angesichts der Veränderungen im Programm nun mit anderen Schwerpunkten als der Sozialen Stadt verplant würden bzw. es zu einer Fokussierung (der Politik) auf deutlicher sichtbare (Groß-)Projekte kommen könne, so dass zukünftig weniger Spielräume für kleinere bauliche Maßnahmen (in der Sozialen Stadt) blieben.

Drei Interviewpartner wiesen darüber hinaus auf die von Land zu Land und von Kommune zu Kommune unterschiedlichen Rahmenbedingungen hin, vor deren Hintergrund die Auswirkungen der Mittelkürzungen im baulich-investiven Bereich betrachtet werden müssten: Möglichkeit der Kommune, den für eine Programmteilnahme notwendigen Eigenanteil überhaupt aufbringen zu können (Stichwort Haushaltssicherung); Mög-

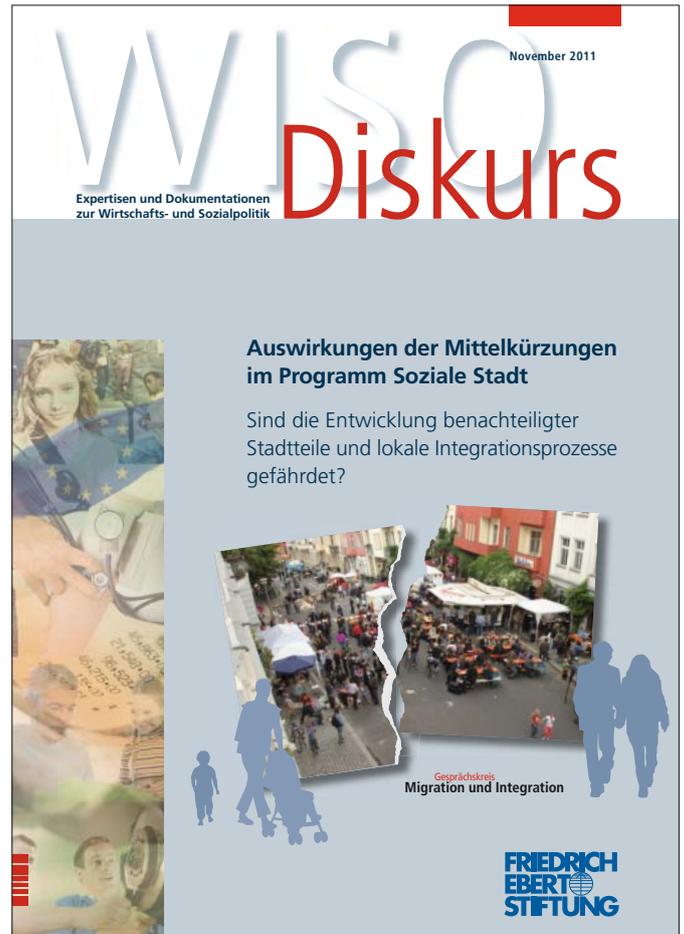


Abb. 1: Titelseite des Fachgutachtens „Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

lichkeiten des jeweiligen Landes, kommunale baulich-investitive Vorhaben auch aus anderen Quellen als dem Programm Soziale Stadt finanziell zu unterstützen; Relation der Einschnitte im baulich-investiven Bereich gegenüber sozial-integrativen Projekten.

Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im sozial-integrativen Bereich

Erhebliche Einschnitte im sozial-integrativen Bereich seien vor allem zu erwarten, wenn die Modellvorhaben der Sozialen Stadt dauerhaft fortfallen sollten, konstatierte ein Interviewpartner auf Landesebene. In diesem Fall käme es zu erheblichen Einschnitten vor allem in den Bereichen Gemeinwesenarbeit und Ehrenamt bzw. würden viele heute noch belastbare Partnerschaften, die durch die Umsetzung von Modellvorhaben entstanden sind, gefährdet. Das Wegbrechen der Modellvorhaben setze hier „kein gutes Signal“ für Kooperationen von öffentlicher Hand und Dritten. Noch akzentuierter äußerte sich ein Interviewpartner aus einem anderen Bundesland: Durch den Wegfall der Modellvorhaben seien sozial-integrative Projekte und Maßnahmen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt „praktisch gelaufen“. Allenfalls würden Altmittel bis zum Abrechnungsjahr 2010 umgeschichtet, um einzelne Modellvorhaben bzw. sozial-integrative Projekte weiterzu-



finanzieren – „in der Hoffnung, dass sich beim Bund noch etwas ändert“ – oder um sie zumindest ordentlich abschließen zu können.

Auch der Vertreter eines weiteren Landes warnte, es könne zu Einschnitten im sozial-integrativen Bereich kommen, weil neue Modellvorhaben nun nicht mehr angestoßen und damit integrierte Handlungskonzepte nicht im vorgesehenen Umfang realisiert werden könnten. Problematisch an der jetzigen Situation sei vor allem die Perspektive, gegebenenfalls keine Maßnahmen und Projekte mehr in den Handlungsfeldern Bildung und Integration realisieren bzw. weiterführen zu können. Wenngleich die Modellvorhaben zu Beginn ihrer Umsetzung im Land für einiges „Kopferbrechen“ insbesondere mit Blick auf ihre Begleitung hervorgerufen hätten, würde man sie nun stark vermissen, wurde in einem dritten Bundesland bemerkt. Die entsprechenden Projekte hätten viel „Charme“ gehabt und seien von den involvierten Akteurinnen und Akteuren mit großem Elan durchgeführt worden. Daher betrachte man sie als wichtig und habe an einer Wiederauflage „hochgradiges“ Interesse.

Auf der kommunalen Ebene herrscht angesichts der Kürzungen im Programm Soziale Stadt offenbar ebenfalls Unsicherheit, wie die Weiterentwicklung oder zumindest Aufrechterhaltung der Maßnahmen- und Projektlandschaft im sozial-integrativen Bereich bewerkstelligt werden kann; dies zeigen die Äußerungen insbesondere von zwei Gesprächspartnern: Vor allem die Streichung der Modellvorhaben wurde von ihnen als besonders problematisch hervorgehoben, da sie zentral für die Förderung von Projekten im sozial-integrativen Bereich gewesen seien. Entsprechende Maßnahmen und Projekte würden notfalls bis zum „dead end“ heruntergefahren, es sei denn, es ließen sich für ihre Finanzierung andere Förderprogramme einsetzen; in jedem Falle stelle sich die Frage nach einer tragfähigen Verstetigung. Generell seien durch die Änderungen in der Sozialen Stadt viele sozial-integrative Projekte „akut gefährdet“, unter anderem weil ihre Förderung gegebenenfalls kurz nach Beginn bereits wieder beendet werden müsse, wie ein Gesprächspartner beklagte. Insbesondere in Haushaltssicherungskommunen könnten sozial-integrative Maßnahmen und Projekte nicht aus kommunalen Mitteln weiterfinanziert bzw. aufrechterhalten werden, da es sich bei ihnen nicht um Pflichtaufgaben, sondern um freiwillige Leistungen handelt. Die inhaltlichen Anpassungen des Programms führten dazu, dass auch neue sozial-integrative Maßnahmen – beispielsweise in den Bereichen Nachbarschaftsentwicklung, Beschäftigungsförderung, Berufsvorbereitung und Qualifizierung oder Förderung von Kindern und Jugendlichen im Quartier – in Förderanträgen der Sozialen Stadt nicht mehr berücksichtigt würden.

Lediglich ein Interviewpartner maß der Rolle der Modellvorhaben mit Blick auf die Höhe der damit verbundenen Fördersumme eine vergleichsweise geringe Bedeutung bei. Ein

anderer Vertreter der kommunalen Ebene bemerkte, dass in Ländern mit vergleichsweise starken Deckelungen des sozial-integrativen Bereiches innerhalb der Sozialen Stadt die Streichung der Modellvorhaben insgesamt weniger ins Gewicht falle als in Ländern, in denen der nicht-investive Bereich stärker aufgestellt ist bzw. war. Eine dritte Einschätzung lautete, im Zusammenspiel von Bürgerengagement und (aufrechtzuerhaltendem) Verfügungsfonds ließen sich Projekte im sozial-integrativen Bereich angesichts der Mittelkürzungen auch zukünftig eher realisieren als im baulich-investiven Bereich.

Auswirkungen auf Organisation und Management der Sozialen Stadt

Auf der Ebene der Länder hob zumindest ein Interviewpartner explizit hervor, die hier für die Umsetzung des Programms inklusive der Modellvorhaben etablierten ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen würden durch die Kürzungen im Haushaltsjahr 2011 gefährdet, denn ohne Finanzmittel als „Motor“ für die Einbeziehung unterschiedlicher Ressorts und ihrer Ressourcen falle ein wesentlicher Anreiz zur Zusammenarbeit weg. Mit Blick auf die kommunale Ebene versuche man auf Landesebene, die in den Städten und Gemeinden aufgebauten integrativen Strukturen mit dem verbleibenden „Notprogramm“ möglichst „am Leben“ zu erhalten, wie zwei Gesprächspartner betonten.

In den in die Untersuchung einbezogenen Kommunen selbst wiesen sechs Interviewpartner ausdrücklich darauf hin, die Mittelkürzungen gefährdeten die im Zuge der Umsetzung des Programms Soziale Stadt aufgebauten Strukturen und Routinen einer ressort- bzw. ämterübergreifenden Zusammenarbeit. Auch hier wurde betont, die Mittel der Sozialen Stadt seien im Sinne eines „zusätzlichen Topfes“ ein Anreizsystem für den Aufbau und die Aufrechterhaltung ressortübergreifender Strukturen gewesen, das nun weitgehend weg falle. „Die ressortübergreifende Zusammenarbeit ist einfacher zu organisieren, wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden können und ein Programm die unterschiedlichen Handlungsfelder bündelt“, die diese Form der Kooperation zur Voraussetzung haben, lautete ein Kommentar. „Mit den Mitteln aus der Sozialen Stadt oder den Modellvorhaben konnten verschiedene Ämter für eine Mitarbeit gewonnen werden. Dies fällt nun fort“, konstatierte ein anderer Gesprächspartner. Zwar seien die aufgebauten Strukturen durchaus tragfähig, allerdings breche durch die Mittelkürzungen die Motivation, in der Verwaltung integrativ und gebietsbezogen zu handeln, generell weg, „wenn man nichts mehr gemeinsam bewerkstelligen kann“.

Es bestehe nicht nur die Gefahr, dass die Intensität ämterübergreifender Treffen abnimmt, sondern auch die generelle Bedeutung sozialraumorientierten Handelns in der Verwaltung. Steigende Arbeitsbelastungen aufgrund von Personaleinsparungen erschwerten die Situation. Lediglich zwei Gesprächs-

partner auf der kommunalen Ebene gingen davon aus, die ressortübergreifenden Arbeitsstrukturen im Kontext Soziale Stadt trotz der Kürzungen im Programm aufrechterhalten zu können. In einem Falle habe sich dieser Ansatz generell bewährt und solle nicht „zurückgefahren“ werden, in dem anderen Fall geht man davon aus, dass der Bund die Mittelkürzungen zurücknimmt und das Programm Soziale Stadt wieder auf einem belastbaren Niveau stabilisiert.



Abb. 2: Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“ am 13. Januar 2011 in Berlin

Fünf Befragte der kommunalen Ebene bestätigten, auch unabhängig vom Programm Soziale Stadt würden ressortübergreifende Arbeitsstrukturen, die vereinzelt eine schon längere „Tradition“ bzw. sich bewährt hätten, aufrechterhalten oder sogar – teilweise im gesamtstädtischen Rahmen – weiterentwickelt, um zu besseren Abstimmungen zwischen den Fachbereichen zu kommen. Durch die Umsetzung des Programms Soziale Stadt sei der integrative, gebietsbezogene Handlungsansatz deutlich verfestigt worden – die Soziale Stadt habe „erhebliche Spuren“ hinterlassen. Ob ohne „Anreiz von außen“ der Fokus „benachteiligte Stadtteile“ dabei auch zukünftig eine Rolle spielt, wurde jedoch von zumindest einem kommunalen Vertreter deutlich in Frage gestellt.

Auswirkungen auf Aktivierung und Beteiligung der Gebietsbevölkerung und anderer (lokaler) Akteurinnen und Akteure

„Beteiligung ist das ‚A und O‘ – man kann keine Planung über die Leute hinweg betreiben. Viele gute Projekte kommen ‚von unten‘“, betonte ein Vertreter der Landesebene. Vor diesem Hintergrund fordere man als Land umfangreiche Beteiligung auch in anderen Programmm Zusammenhängen als der Sozialen Stadt ein – beispielsweise habe hier „der Stadtumbau von der Sozialen Stadt gelernt“. In den Gebieten der Sozialen Stadt seien vielfältige Beteiligungsformen auch außerhalb der politischen Gremien entstanden, die als Strukturen und Netzwerke im Prinzip auch ohne eine Weiterführung des Programms lebensfähig wären, argumentierte ein anderer Interviewpartner. Allerdings sei abzusehen, dass der Fortfall der lokalen Ver-

fugungsfonds, über deren Verwendung vor Ort entschieden werde, zu einem großen Motivationsverlust führen werde. Die Kürzungen im Programm Soziale Stadt gefährdeten vor allem das ehrenamtliche Engagement vor Ort, das auf geeignete Strukturen – konkret auf die nun bedrohten Maßnahmen und Projekte insbesondere im baulich-investiven Bereich sowie auf die lokalen Quartiermanagements mit ihrer „Motorenfunktion“ – angewiesen sei.

Viele lokale Quartiermanagerinnen und -manager hätten ihre Aktivierungsstrategien zurückgefahren, weil es große Unsicherheiten gebe, ob und wie es mit der Sozialen Stadt weitergehe. Man arbeite zwar in den etablierten Beteiligungsstrukturen weiter, werbe jedoch nicht mehr um neue Akteure – im Bereich Aktivierung und Beteiligung habe es durch die Mittelkürzungen also „dramatische Einbrüche“ gegeben, so die zusammengefassten Einschätzungen von Gesprächspartnern zweier weiterer Länder. „Beteiligung erlahmt, wenn man nichts mehr umsetzen kann“, weil sich aufgrund der Mittelkürzungen Maßnahmen und Projekte nicht mehr finanzieren lassen, fasste ein Interviewpartner die Befürchtungen mehrerer Befragter aus dem kommunalen Bereich zusammen. „Wenn es so weitergeht, kann man die Stadterneuerung [unter dem Gesichtspunkt der Motivation lokaler Akteure] vergessen“, plakatierte ein zweiter Vertreter der in die Untersuchung einbezogenen Kommunen seine Sicht der Dinge. Ein anderer Interviewpartner wies auf das Dilemma hin, Aktivierung und Beteiligung seien mittlerweile auch unabhängig vom Programm Soziale Stadt ein wichtiges Thema geworden, das man nicht mehr „zurückdrehen“ könne, deren Standard man jedoch aufgrund der Mittelkürzungen nicht mehr halten könne.

Entscheidend für die Zukunft der aufgebauten Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen sei die Frage, ob – und wenn ja: auf welche Weise – sich angesichts der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt das lokale Quartiermanagement (inklusive Vor-Ort-Büro) als treibende Kraft für die Einbeziehung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure in die Stadtteilentwicklung aufrechterhalten lasse, so die deutlich mehrheitliche Überzeugung der Interviewpartner aus dem kommunalen Bereich; fünf Befragte äußerten sich dazu dezidiert: So sei es sehr problematisch, angesichts der Mittelkürzungen die lokalen Stadtteilräten aufgeben zu müssen, denn sie seien „Erfolgsgaranten für die Soziale Stadt“ gewesen. Ohne sie und die lokalen Quartiermanagements ließen sich eine systematische Aktivierung und Beteiligung vor Ort „auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten“, konstatierte ein Gesprächspartner.

Wenn das lokale Quartiermanagement und vor allem das Stadtteilbüro nicht mehr (in ihrer vollen Form) existieren, sei auch eine umfangreiche Beteiligung der Gebietsbewohnerschaft nicht mehr möglich. Nach wie vor veranstalte man zwar Stadtteilkonferenzen – allerdings auch nicht mehr so häufig wie früher, wurde in einer anderen Kommune festgestellt. Es stehe zu befürchten, dass sich angesichts der Kürzungen im



Programm Soziale Stadt lokale Beteiligungsstrukturen zwar noch eine gewisse Zeit halten können, ohne aktive Netzwerkarbeit durch lokales Quartiermanagement jedoch ausdünnen: „Es muss jemand da sein, der die Netzwerke pflegt“, forderte ein dritter Interviewpartner, und ein vierter fasste die Forderungen eines Teils der kommunalen Vertreter folgendermaßen zusammen: „Für Beteiligung muss es ein Budget geben“, denn ohne die daraus finanzierte Organisation und Moderation von Beteiligung komme es zu einer Überforderung der ehrenamtlichen Strukturen in den benachteiligten Gebieten mit der Folge, dass Beteiligung nicht mehr stattfindet.



Abb. 3: Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“ am 13. Januar 2011 in Berlin

Aufgrund der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt müssten diese Leistungen nun aus anderen Förderprogrammen finanziert werden, was in jedem Fall zu „Notlösungen“ und Zersplitterungen führe – der bisherige Standard könne nicht aufrechterhalten werden. Auch eine sozialräumlich aufgestellte Jugendhilfe und der Allgemeine Soziale Dienst könnten aufgrund ihrer spezifischen Fach-, Themen- und Zielgruppenausrichtung das lokale Quartiermanagement zumindest nicht im notwendigen Umfang und der erforderlichen Breite ersetzen, so die Resümees zweier weiterer Interviewpartner. Lediglich zwei Gesprächspartner aus dem kommunalen Bereich konnten berichten, dass Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung in ihren Städten auch aus der Perspektive des Oberbürgermeisters und der Kommunalpolitik als derart wichtige strategische Ziele gesehen werden – unter anderem zur Überwindung von „Politikverdrossenheit“ –, dass die Mittelkürzungen in der Sozialen Stadt in diesem Bereich keine negativen Auswirkungen hätten, da man die geschaffenen Strukturen nun aus alternativen bzw. eigenen Ressourcen weiterbetreibe.

Auswirkungen auf Verstetigungsprozesse

Je nachdem, wie lange sich die Programmgebiete der Sozialen Stadt bereits in der Förderung befinden und wie groß der aktuell bestehende Handlungsdruck ist, werden in den Ländern mehr oder weniger stringent Verstetigungsstrategien umgesetzt, die in unterschiedlichem Maße von den Kürzungen in

der Sozialen Stadt betroffen sind. So wurde in zwei der in die Untersuchung einbezogenen Länder darauf hingewiesen, Verstetigung müsse in den Kommunen von Anfang an mitgedacht werden, was von Landesseite auch so eingefordert werde. Verstetigung werde also unabhängig von den Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt ohnehin diskutiert und umgesetzt. In einem dritten Land würden die Gemeinden, die ohnehin aus dem Programm entlassen werden sollen, ebenfalls unterstützt, indem mit einem geringeren Mitteleinsatz lokale Quartiermanagements, Stadtteilbüros und lokale Verfügungsfonds weiterhin aufrechterhalten werden.

Die Devise laute „Wir lassen Euch nicht fallen!“. Das ursprüngliche Vorhaben des Landes, Verstetigungsgebiete auch mit einem letzten baulich-investiven Projekt in die Eigenständigkeit zu entlassen, scheitere nun jedoch an den Mittelkürzungen. Der Ansatz zweier Länder zielt darauf, sich dem Thema Verstetigung zwar ebenfalls grundsätzlich zu stellen bzw. langfristig vom Land und den Kommunen erarbeitete – und durch die Mittelkürzungen nun zum Teil gefährdete – Verstetigungsstrategien umzusetzen, zunächst jedoch vor allem eine „Überwinterungs-“ oder „Warteposition“ einzunehmen und zu beobachten, wie sich das Programm weiterentwickelt. Es liegt auf der Hand, dass sich die Kürzungen im Programm Soziale Stadt auch aus der kommunalen Perspektive negativ auf Verstetigungsvorhaben auswirken – insbesondere dann, wenn sich entsprechende Strategien bereits in der Umsetzungsphase befinden. So erläuterte ein Vertreter der kommunalen Ebene, in seiner Stadt hätten Ressourcenansatz und Ziele der Verstetigungsstrategie für ein Programmgebiet mitten im bereits eineinhalb Jahre währenden Prozess plötzlich nach unten korrigiert werden müssen. Die bereits verplanten Mittel könnten nicht (in gleicher Höhe) aus dem kommunalen Haushalt ersetzt werden, was zu strukturellen Änderungen in der zu verstetigenden Projektlandschaft führe. Problematisch sei dabei auch, dass in einem anderen, sich bereits seit längerer Zeit in der Verstetigungsphase befindenden Sozialen-Stadt-Gebiet mit günstigeren Rahmenbedingungen operiert werden könne, es also zu einem Ungleichgewicht zwischen beiden Quartieren komme. Da es sich bei Verstetigung um einen Prozess handle, der stufenweise über mehrere Jahre angelegt sei, wirke sich die Mittelkürzung im Programm Soziale Stadt im Sinne eines „abrupten Endes“ sehr negativ aus, insbesondere wenn die wegbrechenden Mittel nicht von kommunaler Seite aufgefangen werden können, konstatierte auch ein anderer Gesprächspartner.

Selbst wenn man Projekte so anlege, dass sie nicht auf eine dauerhafte öffentliche Förderung angewiesen sind, würden Verstetigungsstrategien dennoch durch die Mittelkürzungen der Sozialen Stadt beeinflusst, weil die Finanzierung des organisationalen Nachlaufs der Programmphase ohne Fördermittel schwieriger werde: „Ob wir das noch so hinkriegen werden, wage ich zu bezweifeln“, lautete die Einschätzung eines weiteren Interviewpartners. Insgesamt sei es sehr problematisch,



dass viele Probleme in benachteiligten Stadtteilen trotz Umsetzung des Programms Soziale Stadt noch nicht hätten gelöst werden können und eher eine langfristige Aufgabe blieben. Zwar sei die Position des Fördermittelgebers nachvollziehbar, nach einer gewissen Zeit in diesen Gebieten „selbst tragende Strukturen“ zu erwarten. Realistisch bedeute dies jedoch die Notwendigkeit einer Förderung über einen (wesentlich) längeren Zeitraum, wobei sich wiederum das Problem stelle, dass die Kommunen nach einer „Entlassung“ aus dem Programm Soziale Stadt dafür nicht (in ausreichendem Maße) selbst aufkommen könnten. „Man kann ein Soziale-Stadt-Gebiet nicht nach zehn Jahren ‚zumachen‘!“, bemerkte ein weiterer Interviewpartner – allerdings könne man den Mittelansatz durchaus reduzieren. Zentral blieben allerdings die Aktivierung der Gebietsbewohnerschaft durch das lokale Quartiermanagement und Dritte wie die Wohnungswirtschaft sowie die Aufrechterhaltung von Beteiligungsmöglichkeiten.

Lediglich ein Gesprächspartner zeigte sich insgesamt optimistischer, indem er darauf hinwies, in seiner Kommune sei das The-

ma Verstetigung seit Beginn der Umsetzung der Sozialen Stadt mitgedacht worden und nehme einen zentralen Stellenwert ein, so dass in diesem Zusammenhang keine Prozessgefährdungen durch Mittelkürzungen im Programm zu erwarten seien.

Dr. Thomas Franke

Wiss. Mitarbeiter im Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin

Franke, Thomas: Auswirkungen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt: Sind die Entwicklung benachteiligter Stadtteile und lokale Integrationsprozesse gefährdet?; Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung / Thomas Franke. - Bonn, 2011.

ISBN 978-3-86872-938-2

Das vollständige Gutachten kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung heruntergeladen werden:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08707.pdf>

Barrierefreie Straßenräume: Regelwerke, Planungsschritte & Praxis-Check

Mittwoch, 14. März 2012, in Köln

Donnerstag, 15. März 2012, in Frankfurt/Main

Mittwoch, 21. März 2012, in Hamburg

Angesichts des demografischen Wandels ist die forcierte Bereitstellung und Anpassung der Infrastruktur an die Bedürfnisse und Möglichkeiten einer alternden Gesellschaft unabdingbar. Die Neuordnung abgestimmter Regelwerke und Handreichungen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem adäquaten Umbau der Infrastruktur. Noch viel wichtiger ist aber deren systematische Umsetzung in den Städten und Gemeinden.

- Das Spektrum der gesundheitlichen Einschränkungen ist weit: Wer stellt welche Anforderungen?
- Orientierungshilfen, Überquerungen und Haltestellen: Welche technischen Lösungen haben sich in der Praxis bewährt?
- Zwischen Gießkanne und Spot-Planung: Wie sieht ein zielführendes Konzept aus? Welche Prioritäten sollten Sie setzen?
- Kurze Rücksprache mit dem „Behindertenbeauftragten“??? Wie sollten Sie den Planungsprozess gestalten? Wer muss eingebunden werden?

In unserem Praxis-Seminar haben Sie Gelegenheit, die strategischen, fachlichen und rechtlichen Grundlagen zur Schaffung barrierefreier Verkehrsräume kennenzulernen. Wenn Sie uns bis 10 Tage vor dem Seminar ein Foto mit

einer typischen Situation aus Ihrer Kommune zusenden (per E-Mail an wmetscher@vhw.de), werden wir uns bemühen, Ihre Lösung im „Praxis-Check“ zu besprechen.

Ihre Referenten:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Jürgen Gerlach: Leiter des Lehr- und Forschungsgebietes Straßenverkehrsplanung und Straßenverkehrstechnik an der Bergischen Universität Wuppertal.

Dr.-Ing. Dirk Boenke: Gruppenleiter „Verkehr & Umwelt“ in der STUVA – Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e. V., Köln.

Veranstaltungsorte :

Mittwoch, 14. März 2012, Köln

Park Inn Köln, Belfortstr. 9, 50668 Köln, Tel.: (0221) 77210

Donnerstag, 15. März 2012, Frankfurt/Main

InterCityHotel Frankfurt, Poststr. 8, 60329 Frankfurt a. M., Telefon (069) 27 39 1-96 6

Mittwoch, 21. März 2012, Hamburg

Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Str. 97, 20359 Hamburg, Telefon: (040) 31113-0

Beginn: 09.30 Uhr **Ende:** 16.30 Uhr

Tagungsgebühren:

260,00 € für Mitglieder des vhw

315,00 € für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

Telefon (030) 390473-220 oder www.vhw.de